

Vorlage-Nr.: **2492-2008/DaDi** vom 26.11.2008

Aktenzeichen: 031-033

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Herr Walter Busch-Hübenbecker

Beteiligungen:

Kostenstelle: **203001 Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:	<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
	1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
	2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Wirtschaftsplan 2009 - Sozialticket - Antrag Die Linke-DKP**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag fordert die Kreisverwaltung auf zu prüfen, ob und mit welchen Mitteln die Einführung eines Sozialpasses für einkommensschwache Haushalte im Landkreis Da/Di realisiert werden kann. Dieses Sozialticket soll erhältlich sein für Empfänger/innen von ALG I, wenn sie ergänzenden Anspruch auf ALG II haben. Empfänger/innen von ALG II, von Sozial- und Wohngeld und Hilfe zum Lebensunterhalt, und den Bezieher/innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Begründung:

Die Überprüfung der Kreisverwaltung schließt auch Gespräche mit den Verantwortlichen der Stadt Darmstadt in dieser Frage ein.

Sinn und Zweck dieses Sozialticket sollte sein, niemanden der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt/Dieburg von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auszuschließen. Für arme Menschen bleibt für Kultur und Freizeit kaum etwas übrig. Der Landkreis Da/Di würde bei gemeinsamer Absprache mit den Verantwortlichen der Stadt Darmstadt in dieser Frage dem Beispiel von Städten wie Neu Isenburg, Frankfurt oder Düsseldorf u.a. folgen.

Neben kostenlosem Eintritt in Schwimmbäder und anderen Freizeitanlagen, verbilligtem Eintritt in Stadtbüchereien, verbilligte Teilnahme an den Ferienspielen, an Kursen der Volkshochschulen wäre besonders darauf zu achten, dass Berechtigte dieses Passes verbilligte Beförderungstarife für den ÖPNV der Verkehrszonen 1 bis 4 erhalten.

Das Landessozialgericht bestätigte unlängst höchstrichterlich, dass die Höhe des aktuellen ALG II-Regelsatzes gegen Menschenwürde und gegen das Grundgesetz verstoße und die soziale Absicherung seit AGENDA 2010 längst nicht mehr funktioniere.

Aus diesen Gründen sind entsprechende Mittel noch im Jahr 2009 im Wirtschaftsplan eingestellt werden, um zu vermeiden, dass aufgrund finanzieller Erfordernissen dieses für Viele notwendige Projekt gefährdet werden könnte. In die Gespräche sollten auch Interessenvertreter von Sozialverbänden, der Gewerkschaften, caritativer und kirchlicher Organisationen von Darmstadt und dem Landkreis Da/Di eingebunden werden.